



Nr. 604. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Freitag, den 24. December 1880.

Zum Feste.

Wir erinnern uns nicht, jemals ein Weihnachtsfest in so trüber und gedrückter Stimmung verlebt zu haben, wie das gegenwärtige, und wir vermuten, daß es vielen unserer Mitbürger eben so geht. Der innere Friede ist in unerhörter Weise gestört, ein Kelim des Haders in die Bürgerschaft hineingeworfen und an vielen Orten lebt man in der bangen Erwartung, daß schon in den nächsten Tagen der Übergang von bösen Worten zu Thätschlichkeiten erfolgen könnte.

Man mag die Bewegung, welche man freuentlich in das Leben gerufen, mit so gleichenden Worten beschönigen als man vermag, es bleibt immer bestehen, daß man Personen, die Nichts verschuldet haben, eine Misshandlung entgegenträgt um eines Umstandes willen, den sie nicht verschuldet haben, nämlich um ihrer Abstammung willen. Bei dem einen äußert sich die Zubehör als Religionshass, bei dem andern als Rassenhass; auch dem geschrätesten Auge ist es schlechthin unmöglich, zu erkennen, wo die eine dieser unholben Erscheinungen beginnt und wo die andere aufhört. Immer aber kommt es darauf hinaus, daß man einer Anzahl von Personen entweder ihre bürgerliche Gleichberechtigung oder ihren Anspruch auf bürgerliche Achtung entziehen will, vollständig unbekümmert darum, ob sie nicht durch Ehrenhaftigkeit der Gesinnung, durch Vaterlandsliebe und durch Leistungen für das gemeine Wohl neben die besten Bürger sich stellen.

Der Einzelne, der in das Feuer läßt, mag sich mit der Entschuldigung behelfen, er meine nicht den Juden schlechthin, sondern den Juden, dem es an deutscher Gesinnung gebricht, oder den Juden, der sich auf einen unehrhaften Erwerb verlegt, oder welchem sonst dieser oder jener Vorwurf zu machen. Er muß es wissen und er weiß es sehr wohl, daß die große Menge diese aufregenden Rufe in einer anderen Weise aufnimmt, als sie ihr entgegengetragen werden; er weiß sehr wohl, daß, wenn die Köpfe erst einmal bis zu Gewaltthägkeiten erholt worden sind, der aufgeregte Haufe nicht mehr fragt, was der einzelne Jude für das Gemeinwohl geleistet, oder wie er sich an demselben versündigt habe, daß er vielmehr den Juden verfolgt, weil er ein Jude ist. In den roheren der Brandschriften, welche man verbreitet, werden ja auch unverblümmt die Haare und die Nasen als diejenigen Kennzeichen hervorgehoben, auf welche sich der heilige Eisen der Verfolgung richten müsse.

Wie es sich mit einer verständnißvollen Auffassung des Christenthums verträgt, die Juden als ein Gott minder wohlgefälliges Volk als die übrigen Völker darzustellen, ist ein für uns undurchsichtiges Rätsel. Wir erschien aus dem neuen Testamente, daß die Auffassung sich nur langsam und mühselig Bahn brach, nach welcher die Heiden auf die Gnade Gottes denselben Anspruch haben, wie die Juden. Aber für die entgegengesetzte Auffassung finden wir schlechthin keinen Anhaltspunkt. Ebenso finden wir es mit den Lehren des Christenthums völlig unvereinbar, auf Unschuldige einen Hass wegen dessen zu werfen, was ihre Stammesgenossen gesündigt haben. Die Behauptung, daß die Juden zu dem Verbrecherthum ein größeres Contingent stellen, als die Christen, ist unrichtig und kann durch die Wissenschaft widerlegt werden. Aber gesetzt, sie wäre wahr, so würde doch dies an der Thatache Nichts ändern, daß die Mehrzahl der Juden gerade ebenso wie die Mehrzahl der Christen ein ehbares und kindloses Leben führen und daß es schlechthin unzulässig ist, für die Fehler einzelner die Gesamtheit verantwortlich zu machen.

So wenig wie vom christlichen, ist vom patriotisch-deutschen Standpunkte aus die begonnene leidenschaftliche Agitation zu billigen. Deutschland öffnet seine Grenzen den Angehörigen aller Völker. Franzosen, Böhmen und Mähren, die um des Glaubens willen verfolgt werden, haben in ihm gästlich Aufnahme gefunden. In Berlin besteht noch heute eine „französische Kolonie“, welche über ein bedeutendes Vermögen verfügt, gesellschaftlich eng zusammenhängt und die

französische Sprache mit Eifer pflegt. Sie verfügt nicht allein über mehrere Kirchen, sondern über ein eigenes Gymnasium, auf welchem in den oberen Klassen der Unterricht in allen Fächern französisch ertheilt wird. Es ist das eine lebendige Erinnerung an jene starke Einwanderung französischer Hugenotten, welche Berlin zu einer zum vierten Theile französischen Stadt machte. Und mit unauslöschlicher Lächerlichkeit würde sich Dergenige bedecken, der behaupten wollte, in diesen Dingen liege eine Gefahr für unser deutsches Volksthum.

Über unsere Westgrenze wandern zahlreiche Holländer, über unsere Nordgrenze sehr viel zahlreicher Skandinavier ein. Polnische, italienische Namen findet man unter unseren kaufmännischen Firmen, in unserem hohen Beamtenstande und alle sind völlig germanisiert. Der deutsche Stamm hat die Kraft, sich alle diese Elemente so zu assimiliren, daß man ihres Ursprungs vergibt. So fremdartig die Erscheinungen nicht selten sind, die im Raaste über die polnische und galizische Grenze einwandern, die Enkel, spätestens die Urenkel dieser Männer werden alle Spuren des fremden Ursprungs getilgt haben, werden in Aussehen, Sprache und Denkweise gute Deutsche sein. Es gibt kein wesenloses Gespenst als die Bedrohung des deutschen Volksthums durch die jüdische Einwanderung.

Weder vom christlichen noch vom deutsch-patriotischen Standpunkt aus läßt sich die Agitation erklären; wir fassen sie lediglich auf als den Ausbruch einer sehr häßlichen Volkskrankheit.

Als vor zehn Jahren bei unserm Nachbarvolke jenseits des Rheines die Spionenfeuer und nachher das Suchen nach Verrätern ausbrach, erkannten wir darin eine epidemische Geisteskrankheit und preisen uns glücklich, daß wir ruhigen, besonnenen Deutschen vor so wilden Ausbrüchen, für welche das gallische Temperament verantwortlich zu machen, behütet seien. Wir haben uns darin entsetzt geirrt; so manche Erscheinung, die wir bei uns haben austauuchen sehen, stellt sich dem schlimmsten zur Seite, was wir in Frankreich beobachtet haben.

Wir haben in den Jahren 1866 und 1870 einen sehr schnellen Schicksalswechsel durchgemacht und haben uns dem physischen Einfluße derselben nicht entziehen können. Die schnellen Erfolge, die wir erzielen, haben uns der Pflege der idealen Güter abwendig gemacht, in welcher wir sonst unseren Stolz suchten. Wir bedürfen nach so vielen Jahren heftiger Auseinandersetzung wiederum des inneren Friedens; wir müssen uns zurückwenden zu den Werken unserer großen Dichter und Denker. Die materiellen Fragen müssen in unserem Interesse wieder mehr zurücktreten, die idealen in den Vordergrund gelangen. Wir müssen uns gewöhnen, etwas weniger von Schätzjollen und etwas mehr von religiöser Toleranz zu sprechen, etwas weniger an den Kampf der wirtschaftlichen Interessen und etwas mehr an Schiller und Lessing zu denken. Auf eine Reihe der geräuschvollsten Kämpfe folgt die sille Weihnachtszeit; möge sie für Viele eine Zeit der Einkehr in das Reich der Ideale werden.

Die Wehrsteuer-Vorlage.

Unser Berliner — Correspondent schreibt:

Wie von verschiedenen Seiten berichtet wird, wäre nun auch das Wehrsteuergesetz in den Bundesrats-Ausschüssen festgestellt und für die Plenarberatung vorbereitet. Das Gesetz soll mit wenigen Modificationen angenommen worden sein, da nicht anzunehmen ist, daß das Plenum des Bundesrates irgend welche Ausschüttungen an den Anträgen der Ausschüsse machen wird, so dürfte auch die Wehrsteuer ziemlich unverändert an den Reichstag gelangen. Es ist daran zu erinnern, daß dies Gesetz in dem letzteren nicht auf unfruchtbaren Boden fiel, daß vielmehr manche Aussicht war, dasselbe mit gewissen Modificationen durchzubringen, indessen scheint die Regierung auf eine unveränderte Annahme zu rechnen, woran kaum zu denken ist. Es erhält sich die Angabe, daß der frühere Widerspruch

einzelner Bundesregierungen nicht aufgehoben worden ist. Die früher geäußerten Bedenken, und zwar nicht nur von Bayern, sondern auch von anderen Regierungen waren so lebhaft, daß man angenommen hatte, es würde überhaupt von dem Gesetz Abstand genommen werden. Man hört denn auch, daß die Vertreter einiger Süddeutscher Staaten im Reichstage in demselben Sinne, wie dies früher seitens der Regierungen der letzteren geschehen ist, die Vorlage bekämpfen würden.

Die Beantwortung der Immediateingabe der rheinischen Ultramontanen.

Die „Köln. Volksitz.“ theilt die Antwort mit, welche auf die bei Gelegenheit des Kölner Domfestes von einer großen Anzahl vor Katholiken eingereichte Immediatevorstellung eingegangen ist. Dieselbe ist vom 19. d. M. datirt und am 21. in Köln zur Aushändigung gelangt. Sie hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 19. December 1880.

Seine Majestät der Kaiser und König haben die von Ew. Wohlgeborenen in Gemeinschaft mit einer größeren Anzahl rheinischer Katholiken an Allerhöchsteselben aus Anlaß der Feier der Vollendung des Kölner Domes gerichtete Immediate-Vorstellung dem Königlichen Staatsministerium zur Prüfung und zu Ihrer Bescheidung zufertigen zu lassen geruht.

Judem ich Ew. Wohlgeborenen Namens des Königlichen Staatsministeriums hieron benachrichtige, bemerkte ich ergebnis, daß die Königliche Staatsregierung es nicht für angezeigt erachtet, jene Feier zum Anknüpfungspunkte für die Erörterung kirchenpolitischer Anträge und Gesetzespunkte zu machen.

Ew. Wohlgeborenen stelle ich ergebnis anheim, die Mitunterzeichner der Immediate-Vorstellung von diesem Bescheide in Kenntniß zu setzen.

Der Vice-Präsident des Königlichen Staatsministeriums

Otto Graf zu Stolberg.

An den Advocaten Herrn G. Schenck Wohlgeborenen Köln a. Rh. Das ultramontane Blatt verhehlt sich selbst nicht, daß dieser Bescheid ein rein formaler ist. In der That geht der Inhalt desselben nur wenig über eine Empfangsbescheinigung hinaus. Untererstes glaubt daselbe in dem Umstande, daß die Bescheidung dem Staatsministerium, und nicht allein dem Cultusministerium übertragen worden ist, eine ganz besondere Würdigung der Bedeutung dieser Adresse zu finden. Wir glauben, sagt die „Köln. Volksitz.“, auf den Umstand Gewicht legen zu sollen, daß die Eingabe dem Staatsministerium „zur Prüfung und zur Bescheidung“, und nicht zum „Bericht“ zugefertigt worden ist. Das die in derselben angeregten Fragen bei Gelegenheit des bevorstehenden Antrages Windhorst zur lebhaftesten Erörterung gelangen werden, versteht sich von selbst und wird zum Überfluss ausdrücklich angekündigt.

Das Verwendungsgesetz.

Der Gesetzentwurf, betr. die Verwendung der in Folge weiterer Reichssteuer-Reformen an Preußen zu überweisenden Geldsummen, ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Wir geben im Nachstehenden die wichtigsten Bestimmungen derselben wieder:

Die Klassensteuer wird für die vier untersten Stufen außer Hebung gelegt, für die übrigen Stufen aber — soweit sie nicht nach dem Gesetz vom 16. Juli 1880 unerhoben bleibt — den Kreisen überwiesen. Von den, den Kreisen überwiesenen Klassensteuerbeträgen findet die Gewährung einer Gebühr an die Gemeinden nicht statt. In denjenigen Landesheilen, in welchen die örtliche Erhebung der Klassensteuer durch Staatsorgane erfolgt, haben die Kreise von den ihnen überwiesenen Beträgen 3 Procent als Beitrag zu den Erhebungskosten zu entrichten. In der Provinz Hannover erfolgt bis zur Einführung der Kreisordnung die Überweisung an die Amtsverbände und selbstständigen Städte. Die Grund- und Gebäudesteuer wird behufs Erleichterung der Steuerlast der Communalverbände bis zu Hälften des etatistischen Beitrages an die oben bezeichneten Communalverbände überwiesen. Die zu überweisenden Beträge sind zunächst zum Erlass der Kreisabgaben des betreffenden Staatsjahrs mit Einschluß der auf die Kreise vertheilten Provinzialabgaben zu verwenden. Im Falle einer Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreishälfte hat ein gleichmäßiger Erlass der Abgaben einzutreten. Über die Verwendung des die Summe der bezeichneten Kreisabgaben übersteigenden Beitrages hat die Kreisvertretung mit Zustimmung des Bezirksrates, beziehungsweise bis zur Einführung derselben die Bezirks-Regierung (Landdrostei), Bestimmung zu treffen. Durch Beschlussfassung der Communal-

Dr. Reichenperger und die deutsche und englische Bauwissenschaft.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte die „Kölnische Zeitung“ im Februar d. J. drei Artikel, in welchen dem Abgeordneten Dr. August Reichenperger auf Grund englischer Urtheile vollständige Unkenntniß der bau-technischen Verhältnisse nachgewiesen wird, die er in seiner Rede am Stein December v. J. uns zum Muster empfohlen hatte.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. December d. J. bellagt sich nun der Herr Abgeordnete bei Gelegenheit der Staatsberatung über diese Angriffe in der „Kölnischen Zeitung“ und einigen anderen Blättern, und besonders auch darüber, daß der Verfasser derselben sich nicht offen nenne und die „Köln. Volksitz.“ eine von ihm zur Vertheidigung veröffentlichte Broschüre todgeschwiegen habe.

Da wir f. B. ein Referat über jene drei Artikel gebracht haben, so halten wir es für unsere Pflicht, auch über die Erwiderung in der „Köln. Volksitz.“ vom 2. December d. J. auf diese letzte Staatsrede des Herrn Abgeordneten A. Reichenperger hier zu referieren.

Nach einigen einleitenden Bemerkungen über den Werth der Reichenperger'schen Kritik kommt die „Köln. Volksitz.“ auf jene kürzlich erschienene Broschüre: „Parlamentarisches über Kunst und Kunstdenkmal nebst Glossen dazu von Dr. A. Reichenperger“ zu sprechen, in welcher Herr Reichenperger versucht, mit seinen Gegnern, und zwar vornehmlich mit jenem in der „Köln. Volksitz.“, abzurechnen, und sagt darüber etwa Folgendes:

Die Art und Weise, wie der Glossator Alles, was mit dem Bauwesen, besonders mit dem Staatsbauwesen, zusammenhängt, als z. B. die Einrichtung der technischen Hochschule, die Titulatur der Baubeamten, das öffliche Submissions- und Concurrenz-Berfahren, die Urfertigung der Kostenanschläge, die praktische Ausführung der Hochbauten, die Stromcorrectionen und den Brückenbau, in den Kreis seiner Sachverständigen (?) Fürsorge zieht — diese Art und Weise ist am besten geeignet, den Werth einer derartig abfälligen und Alles umfassenden, der Sachkenntniß und genaueren Einsicht ermangelnden Kritik klar zu stellen. Der überaus heftige und gezielte Ton der Glossen, der sich zu Ausdrücken, wie: „schnöde Verdächtigungen, plumpen Schmähungen, rüpelhaft hochfahrende Redewendungen“ hinreihen läßt, ist vielleicht erklärlich, allein auf dieses Feld möchten wir ihm doch nicht folgen.

Angesichts der zahlreichen, bunt durch einander gewürfelten Stoffe und Gegenstände, welche Herr Reichenperger in seinen Glossen streift und bespricht, müssen wir uns auf die Widerlegung der wesentlichsten Irrthümer beschränken, zumal Herr Reichenperger den Kernpunkt unserer Artikel

gänzlich unangetastet gelassen hat. Angeblich ist es ihm nicht gelungen „den Kern herauszuholen“, der doch ziemlich deutlich in dem Nachweis vorhanden ist, daß der Herr Abgeordnete dem Parlament für die Vorbildung der Techniker englischer Einrichtungen empfohlen hat, die durchaus nicht empfehlenswerth sind, und daß er mit der Miete des Sachverständigen Vorlesungen gehalten hat über Materien, deren Kenntniß ihm völlig mangelte.

Doch nun der Herr Abgeordnete versucht, die vorliegende Streitfrage, die doch gewiß von jedem politischen Beigeschmac frei ist, in das Parteidetail hineinzuziehen (Seite 14 und 15 der Glossen), ist nur zu bedauern; jedenfalls ist es aber der „Kölnischen Zeitung“ doch anzurechnen, daß sie ihre Spalten Abhandlungen und Vorlesungen über technische und damit zusammenhängende Kunstfragen öffnet, um dadurch das Publikum über die Aufgaben und die Bedeutung der Technik aufzuklären. Herr Reichenperger dürfte also hierfür der „Köln. Volksitz.“ auch nur dankbar sein. Uebrigens brachten auch verschiedene andere Blätter, z. B. „Aachener“, „Crefelder“, „Bromberger Zeitung“, „Posener Tageblatt“, „Breslauer“, „Nord. Allg. Zeitung“, „Post“, „Thüringer“, „Coblenzer“, „Trier'sche“, „St. Johanner“ und „Westfälische Zeitung“, ebenso mehrere in- und ausländische Fachschriften kürzere und längere Auszüge der in Rede stehenden Artikel.

Herr Reichenperger wirft der „Kölnischen Zeitung“ vor, sie habe absichtlich ignorirt, daß er in seiner Rede das deutsche Ingenieurwesen von seiner Kritik ausgeschlossen, ja sogar rühmend hergehoben habe, während er in seinen „Glossen“ es gänzlich „ignorirt“, daß diese Anerkennung in unserem zweiten Artikel gebührend und ausdrücklich gewürdig worden ist, wobei wir angenommen haben, der Redner habe die deutsche Ingenieurkunst gemeint; gesagt hat er nämlich nur, daß auf dem Gebiet des Ingenieurwesens unsere Zeit Großes leiste „auch auf unserem Continent“.

Herr Reichenperger behauptet ferner, wir hätten den vom Abgeordneten v. Meyer (Arnswalde) ausgesprochenen Satz: „Eigenliches Verständnis ist ja nicht unbedingt nötig, um über eine Sache im Parlament zu sprechen“, am Schlusse des letzten Artikels so angeführt, als ob Herr v. Meyer dies mit Bezug auf die Ignoranz des Abg. Reichenperger gesagt habe, während wir ihm nur den Rath gegeben haben, jene „offene Devise“ des Abg. v. Meyer zu der feingern zu machen, wenn er ähnliche Kunstreden halte.

Wir haben schon in unseren früheren Artikeln nachgewiesen, daß jene von Herrn Reichenperger verherrlichten englischen Einrichtungen, besonders also „das System der Meisterschule“, als durchaus einer gründlichen Veränderung bedürftig, in den englischen Fachkreisen anerkannt sind, — können

jedoch heute noch hinzufügen, daß die zustimmende Haltung der bedeutendsten englischen Fachschriften, wie auch der politischen Presse bei Besprechung unserer Artikel beweist, wie sich nach wie vor in den dortigen Fachkreisen die Erkenntniß von der Notwendigkeit einer gründlichen Änderung des Systems erhält; und daß man auch zur That übergehen wird, dafür bürgt die Objectivität, mit der der Engländer auch ausländische Stimmen hört und beachtet.

Ja, das Royal Institute of British Architects in London hat jetzt schon beschlossen, daß vom Mai 1882 ab alle des Studiums der Architektur Beschlüssen vor ihrer Aufnahme in den Verein sich einer Prüfung unterziehen müssen, für welche die Vorschriften durch den Vorstand erlassen werden sollen. Ein wichtiger Beschluß, da die großen technischen Vereine in England einen Theil der Unterrichtspflichten erfüllen, die in anderen Ländern dem Staate obliegen.

Mit Bezug auf die früheren Ausführungen, betreffend die Ergebnisse der Concurrenz d. J. 1872 für das deutsche Parlamentsgebäude wird von Neuem constatirt, daß bis jetzt noch kein Fachmann es gewagt habe, die Prämierung jenes englischen Entwurfs zu vertheidigen. Herr Reichenperger blieb es vorbehalten, für den mangelhaften Grundriß derselben einzutreten. Herr Reichenperger sagt in seinen Glossen: „Meines Dafürhalts bedarf es nicht erst einer schulgerechten, sog. wissenschaftlichen Ausbildung, um echte Pracht von heuchlerischem Luxus zu unterscheiden, um zu constatiren, ob eine Kirche, ein öffentliches Gebäude, den bezüglichen Zwecken entspricht, ob ein Wohnhaus seinen Bewohnern bis zu den Dienstboten herab Licht, Luft und möglichste Bequemlichkeit darbietet.“ Nun, im vorliegenden Fall liefert er für die Richtigkeit seines „Dafürhalts“ einen sehr schwachen Beweis, und zeigt recht deutlich, was ohne die „schulgerechte“ Bildung herauskommt. Soviel deutsche Techniker in die Fremde und besonders auch nach England reisen, um ausländische Schöpfungen zu studiren, zum Studium der Architektur wird England wohl, von Deutschen sowohl wie von anderen Völkern, am wenigsten aufgesucht. Gleichwohl erkennt Herr Reichenperger den Engländer in der Architektur die Palme zu.

Zum Schluß möchten wir jedoch, um Missverständnissen vorzubeugen, die Auffassung abwehren, als ob wir die heimischen technischen Einrichtungen für vorzüglich hielten; vielmehr erkennen wir ihre Mängel gern an, dürfen aber wohl berufen, wenn Feder Vorschläge zur Besserung überlassen. Entschieden müssen wir uns aber gegen die Art und Weise vermauern, mit welcher der Herr Abgeordnete Reichenperger die wissenschaftliche Vorbildung der Techniker antastet und ununterbrochen die Leistungen des Baufaches

verbände kann mit Genehmigung des Bezirksrates, beziehungsweise der Bezirksregierung (Landdrostei), der Erlass der vorstehend bezeichneten Kreisabgaben unterbleiben und eine anderweitige Verwendung zur Befriedigung kommunaler Bedürfnisse oder zu sonstigen gemeinnützigen Zwecken erfolgen. — Die Erhebung von Communalzuschlägen zu den direkten Staatssteuern, beziehungsweise die Vertheilung von Communallasten nach denselben hat, ohne Rücksicht auf die nach den Bestimmungen dieses Gesetzes eintretenden Auferhebungsleistungen oder Ueberweisungen, lediglich nach Maßgabe des Veranlagungssolls der betreffenden Steuern zu erfolgen. Desgleichen soll in allen denjenigen Fällen, in welchen eine active oder passive Wahlberechtigung von der Errichtung gewisser Steuerbeträge abhängig gemacht ist oder wo die Ausübung eines Wahlrechts nach Maßgabe der Besteuerung geregelt ist, der bezüglichen Berechnung das Veranlagungssoll zu Grunde gelegt werden.

Die Verwendung der durch Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Reichsteuern zu gewinnenden Mittel, soweit sie an Preußen überwiesen werden, erfolgt nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen:

Von den dem preußischen Staate zu überweisenden Geldsummen ist — nach Absehung des auf die hohenzollernschen Lande entfallenden Anteils, I. ein Dritttheil zunächst dem nach dem Gesetz vom 16. Juli 1880 verfügbaren, auf die vier untersten Stufen der Klassensteuer entfallenden Erlassbeträge zuzurechnen und mit demselben zum Erlass der Steuer dieser Stufen bis zu deren vollem Jahresbetrag in analoger Anwendung der §§ 2 bis 6 des gedachten Gesetzes zu verwenden, der dadurch nicht erschöpft. Überschuss aber auf die oben bezeichneten Communalverbände nach dem Verhältniß des Veranlagungssolls an Klassensteuer der fünfsten bis zwölften Steuerstufe für das betreffende Jahr zu vertheilen. Die zu diesem Zwecke verfügbaren Beträge werden durch den Staatshaushaltsetat festgesetzt; die Vertheilung und Ueberweisung an die Communalverbände hat der Finanzminister zu veranlassen. II. Der verbleibende Betrag der dem preußischen Staate überwiesenen Geldsumme ist auf die betreffenden Communalverbände nach dem Verhältnisse des Veranlagungssolls an Grund- und Gebäudesteuer für das Jahr, in welchem die Vertheilung stattfindet und zwar bis auf die Höhe der Hälfte des etatmäßigen Sollbetrages der Grund- und Gebäudesteuer zu vertheilen.

Der hiernach zu vertheilende Betrag wird durch den Finanzminister auf Grund der im Artikel 39 der Reichsverfassung erwähnten Jahresabschlüsse und der diesen gemäß statthaften Abrechnungen festgestellt. Die aus den definitiven Abrechnungen sich ergebenden Berichtigungen werden bei der nächstfolgenden Festsetzung durch Zu- beziehungsweise Abrechnung ausgegliedert. Das Ergebnis der Feststellung und Vertheilung ist alljährlich zur Kenntnis des Landtages zu bringen. Die Auszahlung der überwiesenen Beträge hat der Finanzminister unmittelbar nach Feststellung der Vertheilung zu veranlassen. Insofern der nach II. verfügbare Betrag, denjenigen der Grund- und Gebäudesteuer übersteigt, wächst der Überschuss dem nach I. zu verwendenden Dritttheile zu. Sollten die aus den Ueberschüssen der Reichsverwaltung an Preußen zu überweisenden Summen einen Betrag erreichen, welcher über die vorstehend bestimmten Zwecke hinausgeht, dann bleibt gesetzliche Regelung der Verwendung für die überschließenden Summen vorbehalten. — Die Hohenzollernschen Lande nehmen an den dem preußischen Staate zu überweisenden, zu Steuererlassen beziehungsweise Ueberweisungen verfügbaren Geldsummen nach Verhältniß der durch die lebiorangegegangene Wollszählung ermittelten Bevölkerungszahl zu denjenigen des übrigen Staatsgebietes Theil. Die Feststellung des Anteils erfolgt durch den Staatshaushaltsetat. Der festgesetzte Betrag wird nach Verhältniß des für das betreffende Jahr bestehenden Veranlagungssolls an directen Staatssteuern mit Ausschluß der Hundesteuer auf die Amtsverbände verteilt. Den Vertretungen der letzteren steht die Beschlusssatzung über die Verwendung zu.

Über die Aufgabe des Entwurfs im Allgemeinen verbreiten sich die Motive nach einem geschäftlichen Rückblick auf die Materie, wie folgt:

Mit der ratenweisen Ermäßigung der Klassensteuer und der fünf untersten Stufen der Einkommensteuer, für welche das Verwendungsgesetz vom 16. Juli d. J. die vom Reiche aus den Ueberschüssen der Höhe und der Tabaksteuer zufüllenden Summen zunächst ausschließlich in Anspruch nimmt, kann das Reformwerk nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Dasselbe verfolgt vielmehr, abgesehen von der organischen Reform des inneren preußischen Steuersystems, folgende viel weitergehende Ziele, nämlich:

- 1) den Erlass der vier untersten Stufen der Klassensteuer,
- 2) die allmäßige Befreiung dieser Steuer als Staatssteuer und
- 3) die Ueberweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Communal-Verbände.

Um diese Aufgaben in ihrem ganzen Umfange zu erreichen, genügen selbstverständlich weder die jetzigen noch die zu erwartenden Erträge der bestehenden Reichsteuern und Höhe; vielmehr ist eine weitere Durchführung der Reichssteuerreform die unerlässliche Voraussetzung für eine richtig geregelte Entlastung der Steuerzahler und der Communal-Verbände. Wie das Schicksal der dem Reichstag in seiner letzten Sesson vorgelegten Steuergesetz-Entwürfe gezeigt hat, ist, wenn völlig unfruchtbare Verhandlungen vermieden werden sollen, auf eine Bewilligung neuer Reichssteuern nur dann zu rechnen, wenn die Verwendung der bezüglichen Mehrerlösen zu Steuererleichterungen in den Einzelstaaten umwechselt sichergestellt wird. Die Staatsregierung, welche nicht die Absicht hat und haben kann, andere Einnahmen zu fordern, als solche, deren Verwendung nach dem von ihr befolgten System zur Erfüllung ihrer obengedachten Zwecke notwendig ist, erkennt an, daß ohne eine solche Zweckbestimmung neue Steuern nicht wohl gefordert werden können. Sie glaubt daher, in Übereinstimmung mit der in Coburg unter den verbündeten Regierungen erzielten Verständigung sich der Verpflichtung nicht entziehen zu dürfen, die unverkürzte Verwendung der aus den Erringen neuer oder erhöhter Reichssteuern für Preußen sich ergebenden Einkünfte zu den obengedachten

und besonders des Staatsbausches seiner sachlich nicht begründeten abfalligen und mißvergnügten Kritik unterzieht, die fehlende Einsicht in das Wesen und die Aufgabe der heutigen Technik kennzeichnet wohl nichts mehr, als der Mangel an Kenntnis von der großen Bedeutung, welche die Wissenschaft in allen Zweigen derselben in einem von Tag zu Tag wachsenden Maße einnimmt.

Schließlich können wir noch mittheilen, daß der Verfasser dieser Artikel Herr Reg.-Baumeister D. Sarrazin in Coburg ist, welchem auf Grund dieser Artikel vom Aachener Architekten- und Ingenieur-Verein ein Dank votirt ist für seine kräftige sachgemäße Vertheidigung der fachwissenschaftlichen Interessen.]

— g —

Der Thau.

Die Physiker und Meteorologen belehren uns, daß der Thau die Folge einer unmittelbaren Condensation des in der Atmosphäre enthaltenen Wasserdampfes an den durch freie Strahlung erkaltenen Theilchen der Körper an der Erdoberfläche sei. Der fromme Glaube des Volkes, welches gewohnt ist, wissenschaftliche Definition vorher mit Hilfe von Empfindungen und Gefühlen auszuarbeiten und trotz aller Gelehrsamkeit der Gelehrten in der Regel an seiner Definition fehlt, erklärt den Thau für ein Geschenk des Himmels, für eine göttliche Gabe der Götter, ausgestattet mit der Zauberkraft, Gedanken und Krankheiten der Menschen zu heilen.

Schon der Sprachgebrauch schließt diese fromme Volksmeinung in sich. „Es fällt der Thau“, sagt der Deutsche, und man darf wohl ergänzen: vom Himmel herab. „Dew is falling“, lautet der englische Sprachgebrauch. Der Franzose sagt ebenfalls: „La rosée tombe“ und gleich klingt des Italiens „La rugiada cade“. Auch der Spanier bezeichnet das Wort thauen mit „caér rocio“ und die slavischen Sprachen schließen sich den germanischen und romanischen mit der gleichen Redensart an. „Rosa pada“ und „rosa pada“ sagt der Chodschlaude und der Pole. Ganz deutlich aber spricht sich der Glaube des Volkes in den sehr gebräuchlichen Worten „Himmelsthau“ und „rosée du ciel“ aus.

Man wird kaum fehl gehen, wenn man hierin den Einfluß des Christentums erblickt, denn weder der römische noch der griechische Sprachgebrauch konnte Vorbild für das christliche Zeitalter gewesen sein, da er griechisch und römisch ganz nüchtern den Gegenstand bezeichnet. Es hat auch den Anschein, als ob der Thau — gewiß eine der interessantesten Naturescheinungen — dem poetischen Sinne der Griechen entgangen sei. Nur wenigstens ist nicht bekannt, daß unsere Archäologen aus den Clasfikern der Helenen bereits eine Göttin oder wenigstens eine Nymphe des Thaues nachgewiesen hätten, und gerade auf diesem Gebiete ist doch, wie man zugetheuen muß, viel Zeit und Mühe aufgewendet worden. Die ganze Ausbeute aus den griechischen Clasfikern besteht in einer kurzen wissenschaftlichen Ansicht des Aristoteles über die Thaubaubildung. Es mag also wohl sein, daß die Griechen, welche ja übrigens aus dem Elemente des Wassers eine grobe, zahlreiche Götterwelt männlichen und weiblichen Geschlechts entstehen ließen und welche ja das Wasser überhaupt für das Beste (δόμος το μελλον) er-

wünschten durch den Erlass eines beständigen Gesetzes zu verbürgen. Der vorliegende Entwurf hat demnach die doppelte Aufgabe zu erfüllen, einerseits Dispositionen über die unverkürzte Verwendung der in Rede stehenden Summen zu treffen, und andererseits die mit diesen Mitteln zu erreichenden Zwecke gesetzlich zu fixieren.“

Deutschland.

Berlin, 23. Dec. [Amtliches] Se. Majestät der König hat dem General der Infanterie z. D. von Beyer, Chef des Niederrheinischen Fuß-Regiments Nr. 39, das Kreuz und den Stern der Großcomthur des königlichen Hausordens von Hohenzollern; sowie dem Hypothekenbewahrer Rübs zu Mühlhausen im Elsaß den königlichen Kronenorden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat dem vortragenden Rath im Auswärtigen Amt, Wirklichen Legations-Rath von Holstein zum Geheimen Legations-Rath ernannt.

Se. Majestät der Kaiser hat dem ersten Secretär bei der kaiserlichen Botschaft in Paris, Dr. jur. Freiherrn von Thielmann, sowie dem Legations-Secretär bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Madrid, Freiherrn Schönbach zu Schwänsberg, den Charakter als Legations-Rath, und dem Legations-Kanzler bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Kopenhagen, Geheimen expedienten Secretär Hawersaat, den Charakter als Kammer-Rath verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat dem Marine-Adjutanten Partenheimer in Danzig den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Berlin, 23. Dec. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing gestern Nachmittag den Ober-Ceremonienmeister Grafen Stillfried. Heute nahm Se. Majestät zunächst die Meldung Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich entgegen und hörte alsdann die Vorträge des Kriegs-Ministers von Kameke und des Chefs des Militärcabinets, General-Lieutenants von Albeck.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] besuchte gestern die Kinderbescherung des Dorotheenstädtischen Bezirks und die Weihnachts-Bescherung im Augusta-Hospital. Heute wurde Se. Königliche Hoheit des Prinz Heinrich von Ihrer Majestät empfangen.

[Se. Kaiserlich und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag militärische Meldungen entgegen und empfing um 12 Uhr den Botschafter Grafen Hassfeldt. Se. Königliche Hoheit der Prinz Heinrich ist heute früh 6 Uhr aus Kiel hier eingetroffen und begab sich um 10 Uhr zu Ihren Majestäten. (R.-Anz.)

Berlin, 23. December. [Fürst Bismarck. — Graf Hassfeldt.] In parlamentarischen Kreisen will man wissen es stände nummehr ganz fest, daß Fürst Bismarck bis zur Wiederaufnahme der Landtagsverhandlungen in Berlin eintreffen würde und sogar an den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Verwendung des preußischen Reichssteuer-Anteils sich beteiligen wollte. Wir geben diese Nachricht ohne sie irgend wie verbürgen zu können, namentlich dürfte es kaum als feststehend zu erachten sein, daß diesmal sich der angegebene Termin der Ankunft des Reichskanzlers in Berlin bewähren sollte. Gegenüber den sonst obwaltenden Verhältnissen sprechen doch mancherlei Umstände dagegen, daß der Reichskanzler, obwohl sich nach übereinstimenden Berichten, seine Gesundheit sehr bestellt haben soll, irgendwie an den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses beteiligen möchte. — Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Graf Hassfeldt, ist gestern von Sr. kais. königl. Hoheit dem Kronprinzen empfangen worden und reiste gestern Abend nach Wiesbaden, wo bekanntlich seine Gattin sich aufhält; er wird zu Neujahr hierher zurückkehren und sich bald darauf nach Konstantinopel zurückgeben. Der Botschafter hatte hier vielfach Besprechungen mit den fremden Botschaftern und Gesandten. Zweifellos bilden seine direkten Mitteilungen an den höchsten Stellen wie gegenüber den auswärtigen Diplomaten einen wesentlichen Anhalt für die Beurteilung des Standpunktes, den die Pforte in den großen Fragen einnimmt, um welche sich die die diplomatische Action der nächsten Zeit bewegen wird.

— Breslau, 24. December.

bl. [Vom Provinzial-Ausschuß.] In seiner 32., am 10., 11. und 12. December unter dem Vorsteher des Grafen von Bredt abgehaltenen Sitzung, an welcher der Oberpräsident von Seydeln als Vertreter der königl. Regierung Theilnahm, sah der Provinzial-Ausschuß unter Anderem folgende Beschlüsse: Der § 6 des Reglements, betreffend die Chaussee- und Wegeverwaltung vom 6. December 1878, ist nicht dahin zu interpretieren, daß die Landesbau-Inspectoren nur befugt seien, das specielle (vorläufige) Attest, betreffend Abnahme von Chausseebauten auszustellen, und daß das generelle Attest jedesmal erst nach Abnahme einer örtlichen Revision des Baues seitens des Landes-Bauraths aufzustellen sei; vielmehr

erscheint es zulässig, daß er das gedachte General-Attest auf Grund vom

und besonders des Staatsbausches seiner sachlich nicht begründeten abfalligen und mißvergnügten Kritik unterzieht, die fehlende Einsicht in das Wesen und die Aufgabe der heutigen Technik kennzeichnet wohl nichts mehr, als der Mangel an Kenntnis von der großen Bedeutung, welche die Wissenschaft in allen Zweigen derselben in einem von Tag zu Tag wachsenden Maße einnimmt.

Wie die Freiheit von Droste-Hülshoff eine griechische Schriftstellerin gewesen, wer weiß, ob wir heute nicht eine gelehrte Abhandlung darüber wie die Alten den Gott des Hauses gehabt, befinden.

Nicht minder originell ist eine andere Stelle¹ der genannten Dichterin, in welcher sie das folgende Bild gebraucht:

Der Himmel vorhang sinkt,

Dessinet sich der Erde Brust,

Leise, leise Kräuslein trinkt

Und entschlummert unbewußt.

Wie zart und dabei wie wahr!

Der Glaube des Volkes schreibt dem Thau, welcher in der Nacht Johannis des Täufers fällt, die besondere Kraft zu, Blinde sehend zu machen.

Diese Volksmeinung hat Droste-Hülshoff zum Thema eines Gedichtes genommen (Johannes-Thau), welches sich übrigens nicht durch besondere Schönheit der Form auszeichnet.

Auf die Vorlage des Landeshauptmanns, betreffend die Gründung von Laubstummenanlagen, wurde beschlossen, den Herrn Landeshauptmann zu

ersuchen, die Vorstände der Laubstummenanstalten zu Liegnitz, Breslau und Ratibor gutachthalter zu hören, ob und unter welchen Bedingungen

eine Erweiterung dieser Anstalten unter Begründung des gemeinsamen Systems von Internat und Externat zweimäßig und ausführbar erscheine.

Auf die Vorlage, betreffend die Übersetzung der Associaaten der Ober-

läufiger Feuersocietät in die sächsischen Provinzial-Feuersocietäten erläutert sich der Provinzialausschuß mit den Nachfragen zu den Reglements der Land-Feuersocietät und der Städte-Feuersocietät einverstanden und ermächtigt den Herrn Landeshauptmann nach Anhörung der Feuersocietäts-Ausschüsse und, falls sich bierbei keine Anstände ergeben, die eine neu-

20. März

1880 abgeschlossene Vertrag, Inhalts dessen die von der letzteren Strecke der Oberflächen Provinzial-Chaussee bei Peitschenthal einfließlich des

dazu verwendeten Terrains in das Eigenthum und in die Unterhaltung der Provinzialverwaltung übergeht, wogegen die dortige Chaussee-Strecke der Oberflächen Eisenbahn-Gesellschaft übergeht wird, wird genehmigt und beschlossen, dem Provinziallandtage in diesem Sinne Vorlage zu machen. — Auf den Antrag des Königl. Landrats des Kreises Namslau vom 27. v. M. betreffend die Klassifizierung der Spurwege, wurde beschlossen, zu erwischen, daß die vorgeschlagene Verstärkung des Mittelpunkts zwischen den im vorigen Kreise zur Anwendung kommenden Spurwege durch Kleinschlag mit Rücksicht auf die Bestimmungen des § 4 des Wege-Regulatifs vom 12. Januar 1878 nicht geeignet sei, entsprechend ausgebauten Straßen als Wege zweiter Ordnung zu klassifizieren, ebenso, daß das Fortlassen des Kreises in den Spurgraben unter der Steinbrüstung unter Verstärkung des letzteren auf 10 Zoll mit Rücksicht auf § 5c. nicht geeignet sei, entsprechend ausgebauten Straßen als Wege zweiter Ordnung zu klassifizieren.

Dem Antrag des Landwirtschaftlichen Centralvereins entsprechend, werden die bisherigen Buchstiffe, nämlich: 1) zur Unterhaltung der Acker-

bauschule zu Popeln 4800 M., 2) zur Unterhaltung der Ackerbauschule zu Nieder-Briesnitz 4800 M., 3) zur Vergünstigung und Amortisation der Grund-

schulen in Liegnitz, 1500 M., 4) zur Unterhaltung des gesamten land-

wirtschaftlichen Unterrichts 23.000 M., zusammen 23.100 M. als in den

Hauptverwaltungsetat pro 1881 aufzunehmen bezeichnet. — Der Antrag der Verwaltungskommission der Provinzial-Irenanstalt zu Leubus auf

definitive Anstellung des Dr. Sili als zweiter Arzt der Provinzial-Iren-

anstalt zu Leubus unter Gewährung des vollen etatmäßigen Stellenein-

kommens wurde genehmigt. — Auf den Antrag der Verwaltungskommission der Provinzial-Irenanstalt zu Creuzburg wird Dr. Wagner zum zweiten

Arzt bei der Provinzial-Irenanstalt zu Creuzburg von 1. Januar 1881 ernannt.

Auf die Vorlage des Landeshauptmanns, betreffend die Gründung von

Laubstummenanlagen, wurde beschlossen, den Herrn Landeshauptmann zu

ersuchen, die Vorstände der Laubstummenanstalten zu Liegnitz, Breslau und

Ratibor gutachthalter zu hören, ob und unter welchen Bedingungen

eine Erweiterung dieser Anstalten unter Begründung des gemeinsamen

Systems von Internat und Externat zweimäßig und ausführbar erscheine.

Auf die Vorlage, betreffend die Übersetzung der Associaaten der Ober-

läufiger Feuersocietät in die sächsischen Provinzial-Feuersocietäten erläutert sich der Provinzialausschuß mit den Nachfragen zu den Reglements der Land-Feuersocietät und der Städte-Feuersocietät einverstanden und ermächtigt den Herrn Landeshauptmann nach Anhörung der Feuersocietäts-Ausschüsse und, falls sich bierbei keine Anstände ergeben, die eine neu-

Wäre die Freiheit von Droste-Hülshoff eine griechische Schriftstellerin gewesen, wer weiß, ob wir heute nicht eine gelehrte Abhandlung darüber wie die Alten den Gott des Hauses gehabt, befinden.

Nicht minder originell ist eine andere Stelle¹ der genannten Dichterin, in welcher sie das folgende Bild gebraucht:

Der Himmel vorhang sinkt,

Dessinet sich der Erde Brust,

Le

Berliner Börse vom 23. December 1880.

Fonds- und Geldcourse.

	Wechsel-Course.
Deutsche Reichs-Anl.	4 100,20 bz
Consolidirte Anleihe	4 104,80 bz
do. do. 1876	4 100,20 bz
Staats-Anl.	4 99,90 G
Staats-Schuldcheine	3 1/2 98,50 G
Präm.-Anleihe v. 1855	3 1/2 148,00 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4 103,20 bzG
Berliner	4 103,20 bz
Pommersche	3 1/2 98,60 bz
do. do. 4 99,10 bz	
do. do. 4 102,10 G	
Passemische neu	4 99,40 bz
Schlesische	3 1/2 91,60 G
Landschafts-Central	4 99,10 bz
Kar.-u. Neumärk.	4 99,50 G
Pommersche	4 99,80 G
Preussische	4 99,80 G
Westfäl. u. Rhein.	4 100,00 B
Badische Präm.-Anl.	4 135,40 bz
Baier.-ische Präm.-Anl.	4 136,30 bz
do. Anl. v. 1875	4 100,00 B
Cöln.-Mind.-Prämiere	3 1/2 129,20 bzG
Sächs. Rente von 1876	3 78,00 B

Plandecksche.

Hypothen-Certificate.

	Ducaten 9,62 B	Dollar —	Oest. Bkn. 171,95 bz	Russ. Bkn. 207,25 bz
Krupp'sche Partial Obl.	5 107,50 G			
Unk. Pfb. d. Fr. Hyp.-B.	4 101,00 bzG			
do. do. 5 101,50 G				
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	4 101,50 bzG			
do. do. 5 100,00 G				
Unk.-ibr. Cent.-Bod.-Cr.	4 1/2 102,50			
Kündbr.	5 105,40 bz			
do. rückbz. 5 112,50 bz				
do. do. do. 4 1/2 107,25 bz				
Unk. H. d. Pr. Bd.-Cr.	5 108,00 bzG			
Kündbr. Hyp.-Schuld.	5 102,50 G			
Hyp.-Anth. Nord.-G.-C.R.	5 99,80 G			
do. do. Pfandbr.	5 99,00 G			
Pomm. Hypoth.-Briefe	5 104,50 G			
do. do. II. Em.	5 101,75 G			
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5 119,25 bz			
do. do. II. Er.	5 116,00 G			
do. 50% Pfr. r.k.z.b.r.milno	5 107,50 B			
do. m. 110,41/2	5 103,50 G			
Meiningen Präm.-Pfd.	4 121,60 bz			
Pfd. d. Oest. Bd.-Cr.	5 100,00 G			
Schles. Bodencr. Pfndbr.	5 103,30 G			
Süd. Bod.-Cred.-Pfd.	5 103,70 bz			
do. do. 5 23 G				
do. do. 4 1/2 101,75 G				

Ausländische Fonds.

	Oest. Silber-R. 1/1,1/7,45/5	63,00 bz	63-10 bz	do. 1/4,1/10 bz
Goldrente	4 75,10 bz			
Papierrente	4 65,20 bz			
54er Präm.-Anl.	4 122,90 B			
Lott.-Anl. v. 80	fr. 334,00 B			
Credit-Loose	do. 307,10 bz			
64er Loose	do. 141,60 bz			
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5 144,25 bzG			
Orient-Anl. v. 1775	5 58,50 G			
II. do. v. 1878	5 57,80 bz			
III. do. v. 1879	5 58,20 bz			
do. Engl. v. 1871	5 88,80-90 bz			
do. v. 1872	5 89,80-90 bz			
do. Auseile	5 92,70 bz			
do. do. 5 92,60 bz				
do. Bod.-Brd.-Pfd.	5 81,10 bz			
Russ.-Poln.-Schätz.-Obl.	5 81,20 bz			
Pdn. Pfndbr. III. Em.	5 63,40 bzG			
Poln. Liquid.-Pfndbr.	5 44,70 bz			
Amerik. Rückz. p. 1881	5 p. J.I.R. 98,90 G			
do. 50% Anleihe	5 99,60 etbZG			
Ital. 50% Anleihe	5 86,60 bz			
Raab-Grazer 100Thlr.	5 91,60 bz			
Rumanische Anleihe	5 91,90 bzG			
Roman. Staats-Obligat	5 92,30 G			
Türkische Anleihe	5 12,30 G			
Ungar. Goldrente	5 94,70 bzG			
do. Löse (M.p. St.)	fr. 213,00 B			
Ung. 50% St.-Eisenb.-Anl.	5 89,75 bz			
Finnische 10 Thlr.-Loose	5 60,10 bz			
Türk.-Loose	31,10 B			

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

	Berlin-Dresden	0	5	55,00 bzG
Berlin-Görlitzer	1	3 1/2	5	81,40 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	37,20 bzG
Halte-Sorau-Gub.	0	3 1/2	5	95,20 bzG
Kohlfurk.-Falkenb.	0	0	5	44,00 bz
Märkisch.-Posener	5	5	101,30 bz	
Magdeb.-Halberst.	4 1/2	3 1/2	88,75	100 bz
do. Lit. C.	5	5	122,75	bzG
Marienburg-Miawa	5	5	88,50	bzG
Ostr. Südbahn.	5	5	90,50	bzG
Reichenberg-Karl.	4	4	59,40 G	
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	5	98,90 bz
Rumän.-Eisenbahn	2	3 1/2	5	54,50 G
Schweiz-Westbahn	0	4	5	23,00 bzB
Stargard.-Posener	4 1/2	4 1/2	102,10 bz	
Thüringer Lit. A.	8	5 1/2	4	178,50 bz
Warschau.-Wien	9,165	11 1/2	5	263,50 bz
Weimar-Gera	4 1/2	4 1/2	50	50,30 B

Bank-Papiere.

	Allg. Deut. Hand.-G.	2	4	79,00 B
Berl. Kasseu.-Ver.	89/10	89/10	10	170,50 G
Berl. Handels-Ges.	5	5	102,40 bzG	
Brl. Prd.-u. Hals.-B.	0	4	78,75 B	
Bresl. Disc.-Bank	4 1/2	4 1/2	90,00 bzG	
Bresl. Wechsler	5 1/2	6	97,25	bzG
Cöb. Cred.-Bnk.	4 1/2	5	101,25 G	
Danziger Priv.-B.	5 1/2	5	88,75 bz	
Darmst. Creditbk.	5 1/2	5	110,50 G	
Darmst. Zettelbk.	5 1/2	5 1/2	153,60 bzG	
Dessauer Landesk.	3 1/2	6	107,00 bzB	
Deutsche Bank	6 1/2	6	118,50 G	
do. Reichsbank	6,3	5	151,00 bzG	
do. Hyp.-E. Berl.	6 1/2	4	89,25 bzG	
Disc.-Comm.-Anth.	6 1/2	10	180,50 bzG	
do. ult.	6 1/2	10	180,75-81,50	
Genossensch.-Pnk.	5 1/2	7	119,25 bz	
do. junge	5 1/2	7	116,00 B	
Goth. Grundr. d.	5	5	90,60 B	
do. Junge	5	5	92,00 bzG	
Hamb. Vereins-B.	7/4	7	14	
Haunov. Bank.	5 1/2	4 1/2	102,10 bzG	
Königsb. Ver.-Bnk.	5	5	96,00 G	
Lindw.-B. Kwieckl.	4 2/3	4	73,75 G	
Leipz. Cred.-Ans.	6 2/3	10	152,75 B	
Luxemburg. Bank	7 1/2	10	143,80 B	
Magdeburger do.	6 10/10	5 1/2	—	
Meiningen do.	2 1/2	0	97,30 G	
Nord. Bank	8 4/5	0	168,00 bzG	
Nord. Grunder.	0	0	43,00 bzG	
Oberlausitz-B.	4 2/3	4	87,25 G	
Oest. Cred.-Action	8 3/4	11 1/4	496,50-7,50	
Posener Pro.-Bank	4	7	117,00 bz	
Pr.-Bod.-Cr.-Act. B.	5	0	94,40 bzB	
Pr. Cent.-Bod.-Ord.	9 1/2	9 1/2	129,50 bzG	
Sächs. Bauk.	5 5/4	6	120,50 bz	
Schl. Bank-Verein	6	6	108,75 bz	
Wiener Unionsbk.	5	6	196,00 B	

In Liquidation.

	Centralb. f. Genoss.	—	fr. 10,50 G
Thüringer Bank	—	—	fr. 126,00 bz